

**A**ngst beherrscht das Land. Es ist die Angst vieler Menschen um ihren Arbeitsplatz, um die Umwelt, um ihre Rente, um die Zukunft ihrer Kinder und Enkel. Die Angst ist berechtigt.

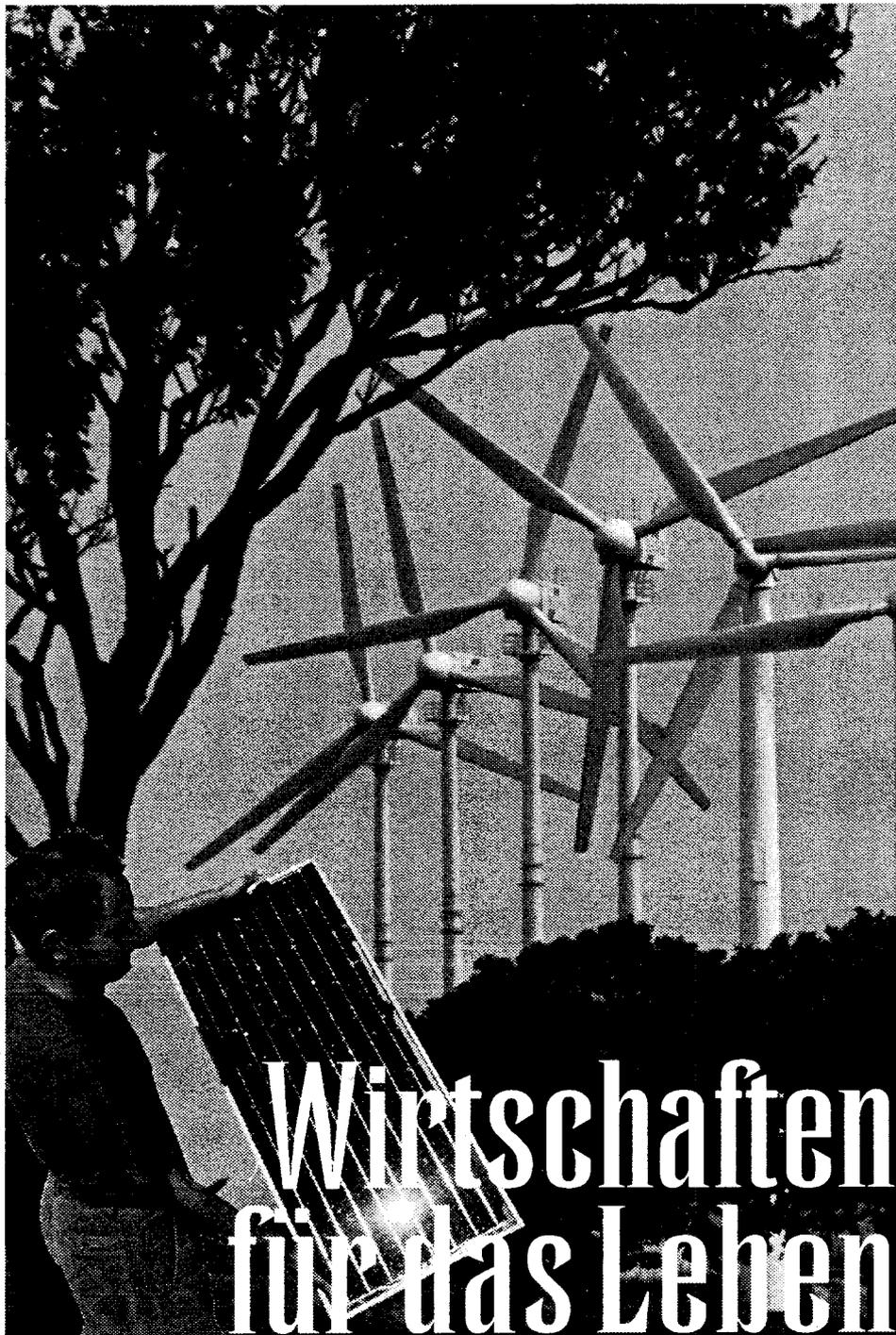
Jahr für Jahr breitet sich in der Bundesrepublik mehr soziale Kälte aus. Viele Unternehmer sehen in den Arbeitnehmern nur noch Kostenfaktoren. Diese Kosten wollen sie senken – fast um jeden Preis. Wo Arbeitskräfte dennoch notwendig sind, holen die Unternehmen so viel wie möglich aus ihnen heraus – der Druck am Arbeitsplatz nimmt ungeheuer zu.

Wie diese Unternehmen sehen auch viele Politiker überall Investitionshindernisse, die es zu beseitigen gilt: »Sozial-Klimbim«, unnötiger Ballast beim Kampf um Weltmarktanteile; Umweltschutz ist für viele Politiker nur noch Luxus, schließlich lebten auch in verdreckten Großstädten wie Mexiko City noch Menschen. Wenn die Entwicklung so weitergeht, dann reduziert sich Wirtschaftspolitik bald auf eine einzige Erkenntnis: Alles funktioniert bestens, nur der Menschen stört – also weg mit ihm.

Vorbei scheint es mit dem guten, alten bundesdeutschen Grundkonsens: Auf der einen Seite sorgen die Gesetze des Marktes dafür, daß aus knappen Mitteln möglichst viel herausgeholt wird; auf der anderen Seite sorgt der Sozialstaat dafür, daß die Erträge des Marktes möglichst gerecht unter den Menschen verteilt werden. Dieser Konsens ist brüchig, der Zeitgeist weht in die andere Richtung. Wir erleben einen aggressiven Sozialdarwinismus: Wie in der Natur setzen sich auch am Markt die Starken durch, die Schwächeren sollen sehen, wo sie bleiben. Nach dieser Ideologie ist jeder seines Glückes Schmied – wer nicht zu den Glücklichen zählt, ist ein Versager.

Zugegeben: Die Konkurrenz des Weltmarktes macht die nationale Politik nicht einfacher. Verkannt wird jedoch, daß es tatsächlich Konzepte zur Lösung der sozialen und ökologischen Probleme gibt. Seit Jahren geben Fachleute unterschiedlicher politischer Grundhaltung fundierte Antworten auf die bohrenden Fragen nach einer menschlichen Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft. Würden diese Antworten in praktische Politik umgesetzt, dann könnten sie den Zug der Wirtschaft auf ein neues Gleis führen, bevor er auf dem alten an die Wand fährt.

Es gibt also Hoffnung. Genährt wird diese Hoffnung auch dadurch, daß es durchaus Aufbruchstimmung gibt. Wir erleben immer mehr gemeinsame Aktionen von Gewerkschaften, Wohlfahrtsorganisationen und Kirchen. Die Gewerkschaften verstärken ihre Kontakte zur Umweltbewegung, um neue Perspektiven für Arbeit und Umwelt auszuloten. Auch das Unternehmerlager ist längst nicht so geschlossen, wie die Funktionäre der Unternehmerverbände dies vorgeben. Statt dessen mehrten sich die Stimmen jener, die wissen, daß ein Wirtschaften ohne Rücksicht auf Mensch und Natur in der Sackgasse endet. Die Zukunft einer Wirtschaft, die sich an den Menschen orientiert, ist auch das zentrale Thema vieler christlich motivierter Initiativen. »Wir können und dürfen uns niemals abfinden mit Massenarbeitslosigkeit, mit Armut und der Ungleichheit von Lebenschancen; mit Gewalt in ihren vielfältigen Er-



# Wirtschaften für das Leben

scheinungsformen; mit dem Raubbau an den Lebensgrundlagen unserer und künftiger Generationen«, heißt es in der Botschaft, die von der II. Ökumenischen Versammlung im Juni 1996 in Erfurt verabschiedet wurde.

Das Problem liegt jedoch darin, daß die Konzepte der Experten und die neuen politischen Bündnisse in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt sind. Im täglichen Kampf um Leser und Einschaltquoten setzen viele Medien vor allem auf Skandale, Sensationen und kraftmeierische Äußerungen. Originelle Konzepte und das nach wie vor große Engagement vieler

Menschen für eine lebenswerte Zukunft werden in den Hintergrund gedrängt. Hier setzt das vorliegende Manifest von *Publik Forum* an: »Das neue Modell Deutschland: Wirtschaften für das Leben«. Es soll möglichst vielen Frauen und Männern, vom »Bürger draußen im Lande« bis zu den Experten in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, vor allem eines deutlich machen: Es gibt Alternativen zu einer Wirtschaftspolitik, die auf eine freie Marktwirtschaft ohne sozialen und ökologischen Begleitschutz zielt. Diese Alternativen werden Wirklichkeit, wenn sie von möglichst vielen Menschen und Organisationen diskutiert, propagiert und in praktikable Programme umgesetzt werden.

*Publik Forum* wird die alternativen Konzepte in den kommenden Monaten so weit wie möglich verbreiten und so umfassend wie möglich diskutieren. Nur so können die Weichen neu gestellt werden – für die Fahrt in eine lebenswerte Zukunft, für ein Leben ohne Angst. ■

# Die Probleme von heute

## 1 Massenarbeitslosigkeit

Seit über zwanzig Jahren steigt in jeder Konjunkturkrise die Zahl der Arbeitslosen. Die Ursachen der wachsenden Arbeitslosigkeit sind bekannt: Auf der einen Seite werden immer mehr Waren und Dienstleistungen von immer weniger Menschen hergestellt, weil der technische Fortschritt eine ungeheure Steigerung der Arbeitsproduktivität ermöglicht. In vielen Bereichen der Industrie genügten im Jahre 1995 rund zehn Beschäftigte, um die gleiche Menge an Waren herzustellen, zu der die Industrie 1965 noch 40 Beschäftigte benötigte. Die zunehmende internationale Konkurrenz beschleunigt diese Entwicklung ständig.

Während immer weniger Arbeitsstunden zur Herstellung der Waren und Dienstleistungen benötigt werden, wächst die Zahl derer, die Erwerbsarbeitsplätze suchen: durch Zuwanderer und Frauen. Da Frauen und Zuwanderer das gleiche Recht auf Erwerbsarbeit haben wie die männlichen deutschen Erwerbstätigen, gibt es – in Extremen gesprochen – nur zwei Möglichkeiten, um Arbeitslosigkeit zu verringern: Entweder die Kunden im In- und Ausland kaufen Jahr für Jahr mehr Waren und Dienstleistungen, so daß auch eine rasant steigende Produktion abgesetzt werden kann – oder die Arbeitszeit der Beschäftigten wird Jahr für Jahr verringert. Da in den vergangenen 20 Jahren weder das eine noch das andere konsequent durchgesetzt wurde, wächst die Arbeitslosigkeit von Jahr zu Jahr weiter.

## 2 Mehr Armut – mehr Reichtum

Die bundesdeutsche Gesellschaft wird immer reicher, doch der Reichtum wird immer ungleicher verteilt:

- Seit 1992 beziehen über vier Millionen Menschen Sozialhilfe – vor 20 Jahren waren dies weniger als eine Million.
- Der Anteil des Volkseinkommens, der nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben den Arbeitnehmern zufließt, sank von seinem Höchststand im Jahre 1980 (66,2 Prozent) binnen zehn Jahren auf den niedrigsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik. Im Krisenjahr 1995 stiegen die Bruttogewinne der Unternehmern nach Angaben des *Statistischen Bundesamtes* um 15 Prozent, die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer um 3,2 Prozent.
- Der private Reichtum konzentriert sich immer stärker: Die zehn Prozent reichsten Haushalte besaßen 1969 rund 42 Prozent des deutschen Gesamtvermögens. Bis zum Jahr 1992 stieg ihr Anteil auf 58 Prozent.
- Bereits 1968 besaßen 1,7 Prozent der Haushalte über 70 Prozent des Produktivvermögens – nach einer Untersuchung von Professor Wilhelm Krelle. Aufgrund der wachsenden Kon-

zentration dürften diese 1,7 Prozent inzwischen einen viel höheren Anteil am Produktivvermögen besitzen.

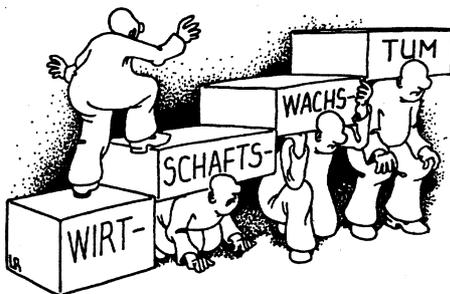
## 3 Wachstum auf Kosten der Umwelt

Die deutsche Umweltpolitik kann zwar beim Gewässerschutz und bei der Verringerung einiger Luftschadstoffe Erfolge vorweisen. Gleichzeitig sterben jedoch die Wälder weiter, die Meere sind überdüngt, die Böden sind weithin verseucht. Dazu kommen die »normalen« Folgen des Wachstums: Wenn der Flächenverbrauch so weitergeht wie in den vergangenen 30 Jahren, dann wäre die gesamte Fläche der Bundesrepublik in 81 Jahren zugebaut.

Zu alledem hat die Umweltkrise mittlerweile globale Dimensionen angenommen:

- Die Fluorchlorkohlenwasserstoffe greifen die Ozonschicht an und gefährden den Schutz der Erde vor den harten UV-Strahlen der Sonne. Obwohl sich die Dichte der Schadstoffe in der Atmosphäre durch internationale Abkommen etwas verringert hat, bleibt die Ausdünnung der Ozonschicht noch für viele Jahre eine Bedrohung. Sie führt zu mehr Hautkrebs und zu Unfruchtbarkeit von Pflanzen, Tieren und Menschen.
- Kohlendioxid, das bei der Verbrennung von Öl, Kohle, Gas oder Holz entsteht, und andere Spurengase verstärken den an sich natürlichen Treibhauseffekt, der auf der Erde seit Jahrtausenden für bewohnbare Temperaturen sorgt. Die Folgen: extreme Wetterlagen werden zunehmen; Infektionskrankheiten aus warmen Regionen verbreiten sich weltweit; ganze Regionen können austrocknen; Küstenregionen werden überschwemmt, wenn die Meeresspiegel steigen.

Die globale Umweltkrise ist das Produkt eines Industrialisierungsprozesses im Norden der Welt, der sich nur an quantitativem Wachstum orientiert. Was aber, wenn auch die Länder der Zweidrittelwelt diesem Industrialisierungspfad verstärkt folgen?



## 4 Nationale Politik – internationales Kapital

Billiglohnländer gibt es seit 20 Jahren, und sie haben den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt nicht gefährdet. Seit dem Verschwinden des »Eisernen Vorhangs« haben sich die Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt verschärft. Nun befinden sich Länder mit niedrigen Kosten und gut ausgebildeten Arbeitnehmern direkt vor der deutschen Haustür. Diese Entwicklung verstärkt die

Macht der großen Unternehmen. Sie können sich die weltweit günstigsten Standorte für die Produktion aussuchen und dabei die Sozial- und Umweltpolitiker der verschiedenen Länder gegeneinander ausspielen. Wirtschaftspolitik droht zu Standortpolitik für Großunternehmen zu degenerieren.

Auch der internationale Kapitalmarkt stellt für die Weltwirtschaft ein wachsendes Risiko dar. Nach Angaben der *Deutschen Bundesbank*



setzen die Börsen der Welt täglich über 1000 Milliarden US-Dollar um, obwohl nur etwa 50 Milliarden US-Dollar benötigt werden, um die Waren und Dienstleistungen zu bezahlen, die täglich anfallen. Der größte Teil dieser Geldmasse dient der Spekulation – mit schwerwiegenden Folgen: Wenn Milliardenbeträge in Minutenschnelle an computerisierten Börsen den Besitzer wechseln können, dann kann irgendeine Zinsmeldung, der Tod eines Politikers oder die Entscheidung eines Großunternehmens völlig unkontrollierbare Kapitalbewegungen auslösen.

## 5 Die Verelendung des Südens

Noch immer melden die *Vereinten Nationen* Rekordwerte in Sachen Armut und Elend: Zu Beginn der neunziger Jahre stieg die Zahl der absolut Armen auf etwa 1,3 Milliarden Menschen, 800 Millionen von ihnen gelten als chronisch unterernährt, eine Milliarde Menschen verfügen über keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Während im Norden der Welt täglich mehr als 1000 Milliarden US-Dollar als Spekulationskapital durch die Börsen jagen, haben sich die Auslandsschulden der Entwicklungsländer auf knapp 2000 Milliarden US-Dollar erhöht. Obwohl vielen Ländern die Rückzahlung erleichtert wurde, haben die Auslandsschulden noch immer dramatische soziale und ökologische Folgen: Aus Devisenmangel exportieren viele Länder Nahrungsmittel, die ihre Bevölkerungen dringend benötigen, wie auch Tropenholz aus den Regenwäldern, die als ökologische Lunge der Welt gelten.

Die Verarmung des Südens wird auch der Norden zu spüren bekommen. Noch fliehen Armuts- und Umweltflüchtlinge in umliegenden Ländern – doch irgendwann werden sie kommen, um sich jenen Wohlstand im Norden abzuholen, von dem sie glauben, daß er auch aus dem Süden stammt.

# Die Vorurteile von gestern

## Nur Wachstum schafft Arbeitsplätze

Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen, und die Investitionen von morgen sind die Arbeitsplätze von übermorgen. Der Standardsatz vieler Wirtschaftspolitiker geht an der Wirklichkeit vorbei. Ein Beispiel: Die Unternehmen der Metallindustrie konnten ihre Bruttogewinne zwischen 1993 und 1995 versechsfachen – von 7,7 Milliarden Mark auf 49,9 Milliarden Mark, die Nettogewinne beliefen sich 1995 auf einer Rekordhöhe von 33,3 Milliarden Mark. Trotz dieser Gewinnexplosion ging die Zahl der Arbeitsplätze in der Metallindustrie zwischen 1993 und 1995 um sechs Prozent zurück.

Für diese Entwicklung gibt es zwei Gründe: *Erstens* schafft ein Sozialversicherungssystem, das vor allem durch Lohnzusatzkosten finanziert wird, einen Anreiz zu Entlassungen, weil durch jede Entlassung Sozialbeiträge eingespart werden. *Zweitens* sorgt die Modernisierung dafür, daß höhere Gewinne mit weniger Beschäftigten erzielt werden. Wachstum wird deshalb niemals ausreichen, um genügend Erwerbsarbeit für alle zu schaffen – und wenn es so hoch wäre, daß es dazu ausreichen würde, dann wäre es ökologisch ruinös.

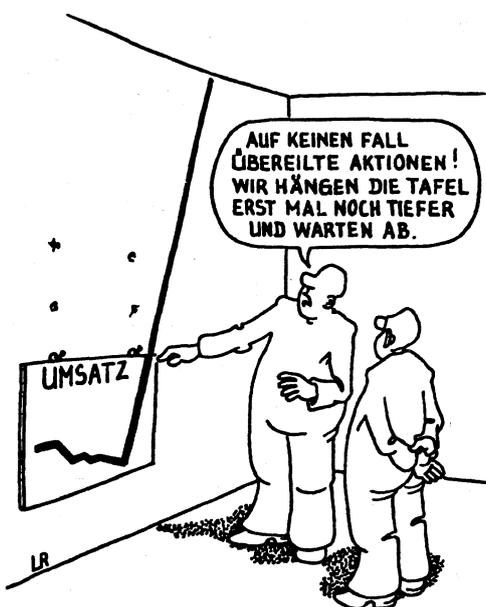
## Deutschland ist nicht mehr konkurrenzfähig

Die These folgt einer einfachen Logik: Danach sind die Arbeitskosten in Deutschland zu hoch, so daß die Unternehmen massenhaft Arbeitsplätze in Niedrig-Kosten-Länder verlagern. Diese Logik geht jedoch an der Wirklichkeit vorbei, denn die hohen Arbeitskosten werden durch eine hohe Produktivität der deutschen Arbeitnehmer ausgeglichen. Schließlich hat ein Unternehmer nichts gewonnen, wenn die Beschäftigten in einem anderen Land nur den zehnten Teil ihrer deutschen Kollegen verdienen, er aber gleichzeitig zehn Beschäftigte benötigt, um das herzustellen, wozu in Deutschland nur einer notwendig ist. Vergleiche zwischen Arbeitskosten sind deshalb nur zulässig, wenn die sogenannten Lohnstückkosten betrachtet werden, die die Arbeitskosten mit der Produktivität der Arbeitnehmer verrechnen. Nach allen verfügbaren Statistiken stiegen die Lohnstückkosten in Deutschland in den vergangenen Jahren langsamer als in den wichtigsten Konkurrenzländern.

Auch die These von der Massenverlagerung deutscher Arbeitsplätze ins Ausland ist ein Märchen. Der CDU-Sozialpolitiker Heiner Geißler wies erst kürzlich darauf hin, daß die deutschen Unternehmen im Jahre 1994 insgesamt rund 750 Milliarden Mark investiert hätten, davon nur rund drei Prozent im Ausland – genau 24 Milliarden Mark. Von diesen drei

Prozent sei wiederum nur ein Fünftel in Niedrig-Kosten-Länder wie Polen, Tschechien oder nach Südostasien geflossen – das waren ganze 4,8 Milliarden Mark. Diese geringen Investitionen in Billiglohnländern können niemals die schnell wachsende Arbeitslosigkeit in Deutschland erklären.

Der beste Beweis für die nach wie vor starke Konkurrenzfähigkeit der deutschen Unternehmen auf dem Weltmarkt ist der hohe Wert der D-Mark. Die Währung eines Landes steigt nämlich nur, wenn dieses Land wesentlich mehr exportiert, als es importiert. Zum Beispiel in der Metallindustrie. Nach Angaben der *IG Metall* lag der Exportüberschuß der metallverarbeitenden Industrie zwischen 1991 und 1994 bei 121,5 Milliarden Mark. Dieser Exportüberschuß sicherte, so die Gewerkschaft, in diesem Zeitraum über 500 000 Arbeitsplätze. Die zeigt, wie konkurrenzfähig die deutsche Wirtschaft ist.



## Flexibilisierung als Zauberformel

Würden die Betriebe auch an Wochenenden produzieren, die Läden rund um die Uhr Waren verkaufen – dann würden Hunderttausende von Arbeitsplätzen entstehen, so stimmen uns Teile der Wirtschaft auf die Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft ein. Diese Forderung verkennt zunächst, daß das Arbeitszeitgesetz bereits Wochenarbeitszeiten bis zu 60 Stunden erlaubt. Viele Tarifverträge enthalten zahlreiche Flexibilisierungsmodelle, und ein Drittel aller Beschäftigten arbeitet heute schon samstags.

Das Problem ist jedoch, daß die Flexibilisierung der Betriebszeiten gar nicht sehr viele Arbeitsplätze schaffen kann, weil ihr Ziel darin besteht, durch einen produktiveren Einsatz des bestehenden Maschinenparks mehr Waren zu produzieren.

Auch die Forderung nach längeren Ladenöffnungszeiten bringt wirtschaftlich nichts. Längere Öffnungszeiten erleichtern das Einkaufen, doch sie sorgen nicht dafür, daß die Menschen mehr Geld zur Verfügung haben als

vorher. Die Leute werden ihre Einkäufe lediglich anders über den Tag verteilen, aber nicht mehr Waren kaufen. Aufgrund der längeren Öffnungszeiten haben die Händler dann höhere Kosten, während der Umsatz gleichbleibt. Ihre Konsequenz: Sie erhöhen die Preise. Vielleicht schaffen sie auch Arbeitsplätze, doch das werden billige, sozial ungesicherte 590-Mark-Jobs sein.

## Der Sozialstaat ist nicht mehr finanzierbar

Nichts spricht dagegen, den Sozialstaat auf seine Effektivität hin zu durchforsten. Doch unfinanzierbar ist der Sozialstaat bestimmt nicht. Das zeigen bereits oberflächliche Zahlenvergleiche: Seit 1975 ging der Anteil der Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt in den alten Bundesländern stark zurück: von 33,9 auf 30,2 Prozent im Jahre 1994. Nur wenn man die neuen Bundesländer hinzurechnet, kommt man auf einen Anteil von 33,3 Prozent – auch dieser Anteil liegt noch unter dem Wert von 1975. Ähnliches gilt auch für die angebliche »Kostenexplosion« im Gesundheitswesen: Seit 20 Jahren fließen Jahr für Jahr rund 8,5 Prozent des Bruttosozialproduktes in das Gesundheitswesen.

Die Finanzkrisen sind hausgemacht: Eine Regierung, die die ständige Zunahme der Erwerbslosigkeit zuläßt und gesellschaftliche Ausgaben im Werte von über hundert Milliarden Mark (zum Beispiel die Lasten der deutschen Einheit) einfach den Sozialversicherungen auflädt, darf sich nicht wundern, wenn es Finanzprobleme gibt. Kurzfristig sind die Sozialversicherungen finanzierbar, langfristig sind strukturelle Veränderungen notwendig.

## Ökosteuern vernichten Arbeitsplätze

Die Verteuerung von umweltbelastenden Stoffen oder von Energie wird in jenen Industriebereichen Arbeitsplätze kosten, die sehr umweltbelastend produzieren. Nichts spricht deshalb gegen befristete Übergangsregelungen, um die Ökosteuern mit sozialem Flankenschutz einzuführen. Wer die Ökosteuern allerdings an ihren Auswirkungen auf die Kostenseite der Unternehmen mißt, liegt falsch. Die Unternehmen werden nämlich auf die neuen Rahmenbedingungen mit einer Investitionsoffensive reagieren, die vor allem ein Ziel verfolgt: die durch Ökosteuern verteuerten Kostenfaktoren zu reduzieren. Dadurch kommt ein ökologischer Strukturwandel in Gang, der mehr Arbeitsplätze schafft als vernichten wird.

Eine erste Schätzung lieferte vor kurzem das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* (DIW) in Berlin. Die Wissenschaftler schlugen vor, die Energiepreise jährlich um sieben Prozent zu erhöhen und diese Steuereinnahmen in die Rentenversicherung zu investieren. Die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung könnten dann gesenkt werden. Unter dieser Bedingung – Arbeit wird billiger, Umweltbelastung teurer – rechnet das DIW bis zum Jahre 2005 mit rund 600 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

**Publik-Forum**  
**Bücherdienst**

Wolfgang Kessler  
**Die Wirtschaft der Zukunft**  
Konzepte für den sozialen und ökologischen Umbau.  
Publik-Forum Spezial • 86 S • 18 DM • Best.-Nr. 2484

Wolfgang Kessler  
**Geld, Zins und Gewissen**  
Informationen über die Todesspiralen der Weltfinanzen, die Schuldenkrise der Dritten Welt, das Zinsverbot in der Bibel und die Zinskritik von Silvio Gesell. Ethische Geldanlagen von Ökobank über EDCS, Gemeinschaftsbank, Missionssparen bis hin zu den verschiedenen Ethik-Fonds werden vorgestellt.  
Publik-Forum Materialmappe • 54 S • 14 DM • Best.-Nr. 2447

Wolfgang Kessler  
**Aufbruch zu neuen Ufern**  
Ein Manifest für eine sozial-ökologische Wirtschaftsordnung.  
Publik-Forum Buch • 202 S • 22 DM • Best.-Nr. 2298

Friedrich Feldmann  
**Arbeit schaffen Umwelt retten**  
Vision einer menschlichen Marktwirtschaft ohne Wachstum.  
Publik-Forum Buch • 62 S • 9,80 DM Best.-Nr. 2487

Lothar Mayer  
**Ein System siegt sich zu Tode**  
Zu Unversöhnbarkeit von Ökologie und Ökonomie.  
Publik-Forum Buch • 272 S • 25 DM • Best.-Nr. 2395

Bestellschrift: **Publik-Forum, Postfach 2010, 61410 Oberursel; Fax 06171/700340**  
Bei einem Bestellwert unter 50 DM zzgl. Versandkosten 5 DM

**Publik-Forum Probelese**

**Debatte über die Zukunft  
Modell Deutschland -  
Wirtschaften für das Leben**

Ja, mich interessiert die Debatte über die Zukunft »Modell Deutschland - Wirtschaften für das Leben«. Bitte senden Sie mir 3 Hefte von Publik-Forum kostenlos zum Probelesen. Bestelle ich nicht innerhalb einer Woche nach Erhalt des 3. Heftes ab, wünsche ich Weiterlieferung im Abonnement. Der Abonnementpreis beträgt im Halbjahr 69,- DM (Studenten- / Vorzugsabo zum Preis von 46,- DM gegen Nachweis). Das Abonnement gilt dann mindestens ein Jahr und ist mit Ablauf einer Frist von zwei Monaten zum 30.6. bzw. 31.12. kündbar.

NAME: \_\_\_\_\_  
VORNAME: \_\_\_\_\_  
STRASSE: \_\_\_\_\_  
TELEFON: \_\_\_\_\_  
PLZ, ORT: \_\_\_\_\_  
DATUM, UNTERSCHRIFT: \_\_\_\_\_ **962007**

Innerhalb einer Woche nach Erhalt des 3. Heftes kann ich den Probebezug kündigen. Das Datum des Poststempels genügt. Ich habe davon Kenntnis genommen.

DATUM, UNTERSCHRIFT: \_\_\_\_\_  
Bestellcoupon bitte ausschneiden und einsenden an:  
**Publik-Forum, Postfach 2010, D - 61410 Oberursel**

**»Unsere Wirtschaftsweise  
ist kriminell«**

**Alternativen zur Sparpolitik, Schritte zu einer gerechten Vermögensverteilung, der ökologische Umbau der Weltwirtschaft und die Zukunft des Kapitalismus.**  
**Wolfgang Kessler im Gespräch mit dem Sozialethiker und Jesuiten Friedhelm Hengsbach.**

**Publik-Forum:** *Bund, Länder und Gemeinden haben über 2000 Milliarden Mark Schulden. Führt überhaupt ein Weg an einer harten Sparpolitik vorbei?*

**Friedhelm Hengsbach:** Hinter dieser Frage steht die Annahme, daß sich die öffentlichen Haushalte genauso verhalten müßten wie die privaten. Dies ist falsch. Wenn die Privatwirtschaft aufgrund einer schwachen Konjunktur Probleme hat, dann darf der Staat nicht auch noch eine Sparpolitik betreiben. Denn das spart die Konjunktur kaputt. Ich denke da an die Zeit Ende der zwanziger Jahre, als Reichskanzler Heinrich Brüning durch seine Sparpolitik die Abwärtsspirale der Wirtschaft beschleunigte, aus der es anschließend keinen Ausweg mehr gab.

Hinzu kommt, daß sich die Bundesregierung in den vergangenen Jahren systematisch in ein Schuldental hineinmanövrierte, weil sie nicht leistungsgerecht besteuerte und die Kosten der deutsch-deutschen Einigung teilweise über Schulden finanzierte. Die Armut der öffentlichen Haushalte ist hausgemacht und zum Teil bewußt gewollt.

**Publik-Forum:** *Was wäre in dieser Situation zu tun, ohne soziale Ungerechtigkeiten in Kauf zu nehmen?*

**Hengsbach:** Gerade in einer konjunkturellen Schwächephase muß der Staat mehr Aufgaben bewältigen als bisher. Um diese Aufgaben zu finanzieren, müßte der Staat einerseits Subventionen und Steuerprivilegien abbauen und andererseits hohe Einkommen der sogenannten Leistungsträger stärker besteuern. Eine ausgewogenere Einkommensverteilung würde über die dann steigende Massenkaukraft mehr zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen als eine sehr ungleiche Einkommensverteilung, die die Kaufkraft der breiten Masse schwächt, dafür aber die Sparbücher der Reichen füllt.

**Publik-Forum:** *Wieviel Handlungsspielraum hat die Bundesregierung angesichts einer zunehmend globalisierten Wirtschaft und übermächtiger transnationaler Konzerne?*

**Hengsbach:** Die Globalisierung wird stark überbewertet. Es gibt ja nicht den Handel rund um die Welt. Zwei Drittel des Welthandels wird innerhalb der großen Handelsblöcke in Nordamerika, Westeuropa und Ostasien abgewickelt. Zwei Drittel des deutschen Exports gehen in westeuropäische Länder. Der Handel mit Billiglohnländern ist eher gering. Außerdem exportieren die Niedrig-Kosten-Länder

in Südostasien und in Osteuropa etwa genauso viel in die Bundesrepublik, wie sie von der Bundesrepublik einführen. Sie sind also keine Bedrohung, sie engen auch den Handlungsspielraum der Bundesregierung nicht ein.

Probleme schafft die große Macht der transnationalen Konzerne, die bei ihren Investitionsentscheidungen die Politiker aller Länder gegeneinander ausspielen können. Dieses Problem ist jedoch nicht neu, und die Aktivitäten der transnationalen Konzerne betreffen überdies nur ein Drittel des Welthandels.

Die Diskussion über den sogenannten Druck, unter dem die Bundesrepublik durch den Weltmarkt steht, hat sogar einen zynischen Aspekt. Denn andere Länder, zum Beispiel in der Dritten Welt, fühlen sich durch die Bundesrepublik unter Druck gesetzt. Deutschland exportiert seine Waren in die ganze Welt und erwirtschaftet daraus hohe Überschüsse. Entsprechend hoch ist der Wert ihrer Währung. Worin besteht also der Globalisierungsdruck?

**Publik-Forum:** *In den vergangenen 30 Jahren ist die Produktivität der deutschen Wirtschaft stark gestiegen. Das Bruttosozialprodukt hat sich verdreifacht, die Zahl der Arbeitsstunden stieg jedoch kaum. Ist Vollbeschäftigung unter dieser Bedingung noch ein realistisches Ziel?*

**Hengsbach:** Vollbeschäftigung im traditionellen Sinne ist unrealistisch. Diese Vollbeschäftigung beruhte auf einem Wachstum, das Umweltschäden nicht registrierte, weil in Deutschland der kriegsbedingte Nachholbedarf befriedigt wurde. Außerdem schloß man in diese Vollbeschäftigung nur den männlichen Teil der Bevölkerung ein.

Dieses Vollbeschäftigungskonzept ist nicht mehr zukunftsfähig. Die Politik wird sich die Frage stellen müssen, wie der Produktivitätsfortschritt, der in der Wirtschaft erzielt wird, für die Gesellschaft sinnvoll und gerecht umverteilt werden kann. Einmal geht es um eine bessere Versorgung mit Waren und Dienstleistungen - für jene, die noch unter Mangel leiden. Die zweite Möglichkeit ist die Arbeitszeitverkürzung. Mit wachsendem materiellem Lebensstandard werden mehr Leute bereit sein, ihre Arbeitszeit zu verringern, auch wenn ihr Einkommen stagniert oder sinkt. Eine Arbeitszeitverkürzung ist auch die Chance, die ungerechte Arbeitsverteilung zwischen Männern und Frauen aufzulösen. Die dritte Möglichkeit ist die Umsetzung des Produktivitätsfortschritts in mehr streßfreie Arbeit. Es geht darum, Erwerbsarbeit menschengerecht zu gestalten und von dem massiven Druck zu

befreien, der in den vergangenen Jahren immer größer wurde. In Zukunft geht es darum, daß die Arbeitnehmer frei wählen können, wieviel Erwerbsarbeit sie unter welchen Bedingungen mit welchem Einkommen leisten. Es geht um Zeitsouveränität und Gütersouveränität für die Beschäftigten.

**Publik-Forum:** Immer mehr Kapital konzentriert sich bei immer weniger Menschen? Wie kann man hier mehr Gerechtigkeit schaffen?

**Hengsbach:** Für mich geht es um die Frage, wie das Volkseinkommen fair verteilt werden kann. Drei Möglichkeiten erscheinen mir vorzüglich: *Erstens* dürfen die Sozialversicherungen künftig nicht mehr ausschließlich über Lohnbeiträge finanziert werden, weil der Anteil der Lohneinkommen am Volkseinkommen aufgrund der zunehmenden Technisierung in der Wirtschaft sinken wird. Deshalb sollten zur Finanzierung der Sozialversicherungen auch die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen herangezogen werden.

*Zweitens* müßte man fragen, wie die Arbeitnehmer am künftigen Produktivvermögen der Wirtschaft direkt beteiligt werden können. Dabei geht es nicht nur darum, daß die Arbeitnehmer sich an ihren Unternehmen beteiligen. Es geht um tarifvertragliche Regelungen, so daß auch die breite Masse der abhängig Beschäftigten wirklich am Produktivvermögen beteiligt wird und ihr Risiko durch eine breite Streuung der Anlagen begrenzt wird.

*Drittens* muß man die Ideologie in Frage stellen, wonach der Markt zunächst für die Verteilung der Einkommen zuständig ist und der Staat dann anschließend durch seine Umverteilungspolitik die schlimmsten sozialen



Defizite beseitigt. Da gilt es zu fragen, ob wir nicht zu Rahmenbedingungen kommen müssen, die bereits am Markt dafür sorgen, daß die Einkommen von vornherein gerechter zwischen »Leistungsstarken« und sozial Schwächeren verteilt werden.

**Publik-Forum:** Ist das Geldsystem im allgemeinen oder der Zins im besonderen das Krebsübel der Wirtschaft?

**Hengsbach:** Ob der Zins das Krebsübel der Wirtschaft ist, das ist schwer zu sagen. Der Zins ist jedoch mehr als nur der Preis für Geld,

wie die Wirtschaftswissenschaft dies ver harmlosend sagt. Der Zins ist zugleich das zentrale Steuerungsinstrument der Gesamtwirtschaft in der Hand derer, die die Geldversorgung in der Marktwirtschaft kontrollieren. Erst dann wird über den Zins die Nachfrage nach Geld und das Angebot an Geld bestimmt. Daß die Anbieter einer Ware, in dem Fall das Bankensystem unter Einschluß der Deutschen Bundesbank, den Preis der Ware, also des Geldes, autonom ohne Rücksicht auf die Herstellungskosten dieser Ware setzen, gibt es in dieser extremen Ausprägung auf keinem von einem Anbieterkartell beherrschten Markt.

**Publik-Forum:** Gibt es überhaupt realistische Instrumente, um diese Geldordnung zu verändern?

**Hengsbach:** Zunächst muß man zur Kenntnis nehmen, daß die Frage der Geldordnung lange Zeit tabu war, weil diese Ordnung gut zu funktionieren schien. Angesichts einer wachsenden Ungleichheit zwischen hohen Privatvermögen einerseits und harten öffentlichen Sparmaßnahmen andererseits muß dieses Tabu gebrochen werden. Der erste Schritt dazu wäre, daß die Geldpolitik von Bundesregierung und Bundesbank einer verstärkten öffentlichen Diskussion unterzogen wird. Es geht nicht an, daß über sozial- und arbeitsmarktpolitische Fragen öffentlich gestritten wird, während man die Geldpolitik praktisch als naturgegeben und unbestreitbar hinnimmt.

**Publik-Forum:** Jedes Land dieser Erde setzt auf Wachstum. Wieviel Wachstum verträgt die Erde überhaupt?

**Hengsbach:** Die Forderungen nach mehr Wachstum sind vor allem im Süden und im Osten der Welt berechtigt. Das Problem liegt darin, daß die Länder aus diesen Regionen das Wirtschaftsmodell der reichen Industrieländer nachahmen. Die Art und Weise des Wirtschaftens bei uns im Norden der Welt ist jedoch geradezu kriminell, weil wir Ressourcen verbrauchen und beanspruchen, die uns nicht gehören. Wenn die Produkte und Produktionsverfahren, mit denen die Industrieländer ihren hohen Lebensstandard erreicht haben, die ganze Welt überfluten, dann ist die Welt in höchsten Maße bedroht. Es geht deshalb in Zukunft darum, die Lebensqualität mit umwelt- und sozialverträglichen Produkten und Produktionsverfahren zu verbessern. Die Industrieländer müssen eine gewaltige Anstrengung unternehmen, ihre Volkswirtschaften ökologisch umzubauen. Dieser Umbau muß radikal sein und verschiedene wirtschaftliche Bereiche umfassen: die Energiegewinnung, die Landwirtschaft, das Verkehrssystem, ja praktisch alle Produktionsverfahren.

Bei diesen Bemühungen müssen die Grundbedürfnisse der Bevölkerung im Vordergrund stehen: gesunde Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit und Bildung. An diesen Zielen muß die Verbesserung von Lebensqualität auf der ganzen Welt gemessen werden. In diesem Sinne ist auch Deutschland ein Entwicklungsland, weil wir die Verbesserung unserer Lebensqualität nicht qualitativ an der Befriedigung dieser Grundbedürfnisse messen, sondern quantitativ an der wirtschaftlichen Leistung pro Kopf – unabhängig davon,

wozu diese dient, wem sie zugute kommt und wie sie erbracht wurde.

**Publik-Forum:** Steht eine kapitalistische Marktwirtschaft eigentlich nicht so unter Wachstumszwang, daß sie eine derart radikale Veränderung überhaupt nicht zuläßt?

**Hengsbach:** Ludwig Erhard hat einmal gesagt, daß eine Wirtschaft unter Wachstumszwang keine Marktwirtschaft ist. Im Gegensatz dazu ist es so, daß die Unternehmer und auch die



Politiker bei all ihren Schritten derzeit auf ein rein quantitatives Wachstum setzen. Ein Zwang dazu besteht jedoch nicht. Denn ob Gewinne mit umweltverträglichen oder umweltzerstörenden Produkten gemacht werden, das hängt von den Rahmenbedingungen für die Unternehmen ab, die von Politikern gesetzt werden. Diese können es zulassen, daß die Unternehmer ihre sozialen und ökologischen Kosten auf die Allgemeinheit abladen können. Aber sie können auch Rahmenbedingungen schaffen, unter denen die Unternehmen dies nicht können. Ich stelle mir eine ökologische Kreislaufwirtschaft vor, die die Lebensqualität für alle erhöht und dennoch Gewinne bringt. Dies wäre dann eine Wirtschaft, die ihre Energien in die Verbesserung der Produktqualität, die ökologische Verträglichkeit der Produkte, in humane Arbeitsbedingungen und in kürzere Arbeitszeiten und nicht in zerstörerische Aktivitäten investiert.

**Publik-Forum:** Lohnt es sich überhaupt noch, über eine Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft nachzudenken?

**Hengsbach:** Ja, denn der Kapitalismus, verstanden als eine primär auf die Mehrung des Kapitals ausgerichtete Marktwirtschaft, ist tendenziell demokratiefeindlich. Es sei denn, er wird sozial und ökologisch gezähmt. Man muß das kapitalistische Marktgeschehen der Demokratie als Lebensstil unterordnen. Dann ist es keine kapitalistische Marktwirtschaft mehr, sondern eine demokratiefähige Marktwirtschaft. Das wäre eine Marktwirtschaft, die unter dem Vorrang der Beteiligung aller Menschen an den wirtschaftlichen Entscheidungen, an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit und am gesellschaftlichen Reichtum stünde – mit umwelt- und sozialverträglichen Produktionsweisen für die ganze Welt und für die kommenden Generationen.

FOTOS: KNA

# Die Vorschläge für morgen

## Arbeitszeit verkürzen

Wenn immer mehr Waren und Dienstleistungen mit immer weniger Beschäftigten hergestellt werden können und gleichzeitig immer mehr Menschen Erwerbsarbeit suchen, dann muß die Arbeitszeit der Beschäftigten neu verteilt werden. Das Dilemma besteht darin, daß Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich und dafür in kleinen Schritten nichts bringen und Arbeitszeitverkürzungen in größeren Schritten – zum Beispiel von 36 auf 28,8 Wochenstunden wie bei Volkswagen – hohe Einkommenseinbußen bedeuten.

Deshalb sollte die Politik Unternehmen, die die Arbeitszeiten ihrer Belegschaften durchgreifend verringern, für eine begrenzte Zeit Lohnkostenzuschüsse gewähren – allerdings nur, wenn sie registrierte Arbeitslose einstellen. Die Unternehmen erhalten dabei so viel Geld, wie diese Arbeitslosen den Staat und die Sozialversicherungen gekostet hätten.

Mit diesen Lohnkosten-Zuschüssen könnten die Unternehmen Geringverdienern einen Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzungen gewähren. Der Staat würde auf diese Weise die Schaffung von Arbeitsplätzen finanzieren und nicht nur die Arbeitslosigkeit.

## Soziale Grundsicherung

Die wachsende Armut betrifft Alleinerziehende, Kinderreiche, Langzeitarbeitslose oder Menschen mit geringen Renten besonders hart. Deshalb müssen bestimmte Sozialleistungen ausgebaut werden: Mehr Kindergeld, mehr Wohngeld. Die Abhängigkeit der Menschen von der Sozialhilfe kann künftig jedoch nur verhindert werden, wenn die Arbeitslosen- und die Rentenversicherung um eine soziale Grundsicherung ergänzt werden. Nach einem Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion kostet eine Grundsicherung, die um 15 Prozent über dem Sozialhilfesatz liegt, nicht mehr als 12 Milliarden Mark pro Jahr.

Zur Finanzierung dieser Grundsicherung bietet sich ein dritter Mehrwertsteuersatz auf Luxusgüter an: Wie in anderen Ländern Europas wird sie auf anspruchsvolle Konsumgüter wie Autos erhoben, wenn ihr Preis eine bestimmte Grenze übersteigt. Die Bekämpfung der Armut würde aus dem Luxus finanziert, ohne den die Armut nicht gewachsen wäre.

## Umsteuern mit Energiesteuer

Der hohe Energieeinsatz ist mit das größte ökologische Problem moderner Industriestaaten. Deshalb ist eine Energiesteuer notwendig, die die Verbrennung nicht erneuerbarer Energieträger wie Kohle, Öl und Gas

und den Atomstrom verteuert – erneuerbare Energien würden ausgenommen. Um bei Wirtschaft und Verbrauchern keinen Schock auszulösen, müßte die Steuer mit einem niedrigen Satz beginnen und dann stetig ansteigen.

Eine Energiesteuer schlägt drei Fliegen mit einer Klappe: *Erstens* belohnt sie Energieeinsparungen und entschärft mittelfristig viele Umweltprobleme. *Zweitens* erzwingt sie die Entwicklung von Öko-Technologien, weil sich ihr Einsatz nun auszahlt – dies schafft Arbeitsplätze. *Drittens* bringt sie dem Staat viele Jahre lang mehr Einnahmen, die er – zu gleichen Teilen – zur Verbilligung der Lohnnebenkosten und zu ökologischen Investitionen nutzen könnte. Umsteuern mit einer Energiesteuer hieße dann: ökologische Innovation bei gleichzeitiger Verbilligung des Faktors Arbeit.

## Arbeitsintensive Betriebe entlasten

Das gegenwärtigen System zur Finanzierung der Sozialversicherungen belastet die Wirtschaft gleich doppelt. Die Sozialabgaben sind Lohnzusatzkosten, die vor allem Betriebe mit vielen Beschäftigten treffen. Die Sozialabgaben stellen deshalb einen Anreiz zur Rationalisierung dar: Jede Entlassung senkt die Soziallasten.

Um dies zu verändern, sollten sich die *Arbeitgeber-Beiträge* zur Sozialversicherung künftig nicht mehr an den Löhnen der Beschäftigten, sondern an der gesamten Wertschöpfung der Betriebe orientieren – die *Arbeitnehmer-Beiträge* bleiben unverändert. Die Wirkung dieser scheinbar bürokratischen Reform ist gewaltig: Nun werden Unternehmen, die mit viel Technik und wenig Arbeitskräften viel Umsatz machen, stärker belastet – sie können es sich auch leisten. Betriebe, die weniger Umsatz verzeichnen, aber viele Leute beschäftigen, werden von Lohnzusatzkosten entlastet. Kleine Unternehmen, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe, aber auch Biobauern sparen Kosten und werden konkurrenzfähiger.

## Investitionen in die Zukunft

Die vorgeschlagene Einführung einer Energiesteuer und die Umstellung der Arbeitgeber-Beiträge auf die Wertschöpfung der Betriebe stellen die Weichen für die wirtschaftliche Entwicklung neu: Beide Maßnahmen fördern ökologische Investitionen und entlasten personalintensive Unternehmen. Dies reicht jedoch nicht. Mit Geldern aus der Kürzung bestimmter Subventionen (zum Beispiel für die Atomindustrie und andere Großprojekte) und einem Teil der Einnahmen aus der Energiesteuer kann die Regierung den Aufbruch in das solare Industriezeitalter und in die Dienstleistungsgesellschaft forcieren: Massive Investitionen in erneuerbare Energiequellen, vor allem in die Nutzung der Sonnenenergie, in ein umweltfreundliches Verkehrssystem, in eine ökologische Landwirtschaft, in die Telekommunikation und in andere zukunftsorientierte und sinnvolle Technologien schaffen Hunderttausende neuer Arbeitsplätze – und leiten die Wende von rein

quantitativem zu qualitativem Wachstum ein. Durch die Senkung der Lohnzusatzkosten für arbeitsintensive Unternehmen entstehen viele soziale Dienstleistungsbetriebe, die der neuen Zukunfts-Wirtschaft einen menschlichen Rahmen geben.

## Sozialer und ökologischer Welthandel

Auf dem unregulierten Weltmarkt setzen sich tendenziell jene Produzenten durch, die die billigsten Produkte anbieten, weil sie Menschen und Natur skrupellos ausbeuten. Deshalb muß auch der Weltmarkt in soziale und ökologische Rahmenbedingungen eingebettet werden.

Dies ist längst nicht so illusionär, wie es zunächst klingt. Zum einen müssen bestimmte Bereiche des Handels beschränkt werden, wie zum Beispiel der Waffenhandel. Zum anderen habe viele Regierungen bereits als Mitglieder der UNO einen Katalog sozialer Mindestauflagen unterschrieben. Er enthält ein Verbot der Kinderarbeit, die Zulassung freier Gewerkschaften sowie Grundanforderungen an den Arbeitsschutz. Würden Länder, die diese sozialen Mindestbedingungen nicht einhalten, zum Beispiel aus der *Welthandelsorganisation* (WTO) ausgeschlossen, dann würden sich diese sozialen Grundbedingungen weltweit durchsetzen, weil kein Land das Privileg des freien Zugangs zu anderen Märkten aufs Spiel setzen wird. Ähnliches ist im ökologischen Bereich möglich: Ein Verbot besonders schädlicher Pflanzenschutzmittel würde die Probleme für die Umwelt global vermindern.

Soziale und ökologische Mindestbedingungen verhindern, daß Produkte nur deshalb extrem billig sind, weil sie unter extremer Ausbeutung von Menschen und Natur hergestellt wurden.

## Eine Steuer auf Spekulationen

Auf dem UNO-Sozialgipfel in Kopenhagen im März 1996 wurde sie immerhin diskutiert: Eine Steuer von 0,05 Prozent auf die Umsätze der Börsen dieser Welt.

Trotz des geringen Steuersatzes könnte diese Spekulationssteuer mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. *Erstens* werden die Anleger dann nur noch Geldanlagen wählen, die sich trotz Besteuerung noch lohnen – der internationale Kapitalmarkt würde sich stark beruhigen. Das Risiko eines Börsenzusammenbruchs wäre geringer. *Zweitens* würde die Besteuerung pro Jahr etwa 30 Milliarden US-Dollar in die Kassen der Vereinten Nationen spülen. Dieses Kapital stünde dann zur schrittweisen Entschuldung der am wenigsten entwickelten Länder der Welt zur Verfügung.

## Impressum

**Publik-Forum-Manifest:** Das neue Modell Deutschland – Wirtschaften für das Leben  
**Herausgegeben** von der Leserinitiative Publik e.V.  
**Redaktion:** Wolfgang Kessler (VfSDP)  
**Verlag und Bestelladresse:**  
 Publik-Forum, Postfach 2010, 61410 Oberursel,  
 Fax: 06171 / 700340, Telefon: 06171 / 700310

# Die Visionen für übermorgen

Die genannten Vorschläge stellen die Weichen für den Zug der Wirtschaft neu. Die Fahrt in eine humane Wirtschaft der Zukunft kann beginnen.

**1** Heute sind Arbeitszeitverkürzungen oft teuer, jetzt sind sie finanzierbar. Das Konzept der Lohnkosten-Zuschüsse an Unternehmen, die die Arbeitszeit ihrer Belegschaften verkürzen und registrierte Arbeitslose einstellen, ermutigt viele Betriebsräte und Unternehmensleitungen zu Arbeitszeitverkürzungen in ihren Betrieben. Diese Entwicklung wird die Arbeitsgesellschaft in wenigen Jahren durchgreifend verändern: Die Erwerbslosigkeit geht zurück; Mann und Frau teilen sich Erwerbs- und Familienarbeit gerechter als heute; Langzeitarbeitslose haben wieder eine lebenswerte Perspektive.



**2** Die Verbesserung von Sozialleistungen und die Einführung einer sozialen Grundsicherung für Arbeitslose und ältere Menschen verhindert die drohende Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer. Das Problem der Armut wird an den Wurzeln angepackt. Auch ökologisch bedingte Preissteigerungen können nun sozial abgedeckt werden. Dies sind entscheidende Schritte zu einer gerechten Gesellschaft, in der die Menschen keine Angst mehr vor Veränderungen haben – im Gegensatz zu heute.

**3** Die Stufenkonzept jährlich steigender Energiekosten und die staatlichen Investitionen in den ökologischen Umbau lösen eine Innovations- und Investitionswelle der Industrie aus. Die Unternehmen werden die steigenden Energiekosten für sich nutzen. Sie werden zahlreiche neue Produkte anbieten, die auch weltmarktfähig sind: solarbetriebene Uhren, Radios, Kühlschränke; solare Bausätze für die häusliche Energieversorgung; Windkraftwerke; Blockheizkraftwerke; Straßenbahnen; verbrauchsarme Autos; wiederverwertbare Fernseher und vieles andere mehr. Der Einstieg in das Solarzeitalter wird nun sichtbar.

**4** Insgesamt leiten die steigenden Energiekosten einen Trend zu teureren, aber langlebigen Produkten ein. Wie Energiesparlampen die Glühbirnen ersetzen, so ersetzen langlebige, umweltschonende und rohstoffsparende Produkte in vielen Bereichen die billigen

Wegwerfwaren. Die Bundesrepublik befindet sich damit auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft, die auch künftigen Generationen eine hohe Lebensqualität ermöglicht.

**5** Die Umstellung auf langlebige Produkte belebt das Reparatur- und Dienstleistungsgewerbe. Während sich Reparaturen bei billigen Wegwerfwaren nicht lohnen, zahlen sie sich bei teuren und technisch anspruchsvollen langlebigen Produkten aus. Kleinere arbeitsintensive Betriebe, gerade im Reparaturgewerbe, gewinnen außerdem an Konkurrenzfähigkeit, wenn ihre Lohnzusatzkosten durch die Umstellung der Sozialversicherungsbeiträge auf die Wertschöpfung sinken würden. Energie ist nun teurer, der Einsatz von Arbeit aber billiger geworden.

**6** Die steigenden Energiekosten und die staatlichen Investitionen in ein ökologisches Verkehrssystem leiten einen sanften Strukturwandel zugunsten strukturschwacher ländlicher Regionen ein. Denn: Höhere Energiepreise verteuern die Kosten für den Straßenverkehr. Dann ist es nicht mehr ratsam, einen Becher Joghurt – wie heute – rund 7000 Kilometer durch Europa transportieren, nur weil die Becher in Portugal und das Eindünsten der Früchte in Polen besonders billig sind. Statt dessen werden Produkte vermehrt dort hergestellt, wo sie auch gekauft werden. In den ländlichen Regionen entstehen neue Arbeitsplätze.

**7** Die neuen Rahmenbedingungen machen die Städte menschlicher. Langsam, aber sicher setzt sich ein Trend durch, Arbeitsplätze – unter Rücksicht auf die Umwelt – in der Nähe von Wohngebieten zu schaffen und umgekehrt. Riesige Einkaufszentren auf der grünen Wiesen und weite Wege zu den Dienstleistungszentren werden vermieden. Lernen, Arbeiten, Einkaufen – das ganze Leben konzentriert sich stärker auf einen Ort, das Leben in Familien und Freundschaften wird einfacher, Reisen bleibt aber dennoch jederzeit möglich.

**8** Die Sozialversicherungen werden nicht ständig mit neuen Horrormeldungen an die Öffentlichkeit treten. Denn: Einmal werden die »Vorschläge für morgen« die Arbeitslosigkeit verringern – und damit die Sozialversicherungen entlasten. Außerdem werden sich die Sozialabgaben künftig an der gesamten Wertschöpfung der Betriebe orientieren – damit wären die Sozialversicherungen für die Zukunft besser gerüstet als heute. Die Einnahmen der Sozialversicherungen wären auch dann sicher, wenn die Technik künftig die menschliche Arbeitskraft ersetzt, weil praktisch auch die Maschinen Sozialbeiträge entrichten werden. Heute sind die Sozialversicherungen auf diese Entwicklung überhaupt nicht vorbereitet und stolpern von Krise zu Krise.

**9** Wenn nur noch Länder Zugang zu den Märkten anderer Länder haben, die soziale und ökologische Mindestauflagen einhalten, dann wird der Handel ein Stück sozialen und ökologischen Fortschritt in die Länder des Südens und des Ostens bringen. Da es sich nur um Mindestauflagen handelt, ist die Kostenbelastung nicht so groß, daß Unternehmen aus diesen Ländern ihre Kostenvorteile auf dem Weltmarkt einbüßen. Doch schon die Zulassung



freier Gewerkschaften, Grundregelungen im Arbeitsschutz, das Verbot von Kinderarbeit und das Verbot bestimmter schädlicher Stoffe werden in vielen Ländern des Südens ungeheure soziale und ökologische Verbesserungen bewirken – zu geringen Kosten.

**10** Die hohen Auslandsschulden hindern viele unterentwickelte Länder an einer Wirtschaftspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerungen orientiert. Statt Hirse für den eigenen Markt müssen sie Ananas für die Supermärkte des Nordens anbauen. Devisen sind alles, die Kunden im eigenen Land sind nichts. Wenn die Auslandsschulden dieser Länder durch die Einnahmen aus der Spekulationssteuer schrittweise gesenkt werden können, wachsen die Spielräume für eine Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung von Hunger und Armut.

**HINWEIS:** Dieses achtseitige Manifest bieten wir kostenlos zum Verteilen und Diskutieren an, da wir davon ausgehen, daß auch viele mit einem kleineren Geldbeutel sich an der Verteilaktion beteiligen möchten. Andererseits gibt es sicherlich viele, die keine Zeit und Kraft zum Verteilen haben, sich aber finanziell beteiligen möchten.

Bitte überweisen Sie – sofern es Ihnen möglich ist – einen Beitrag auf das Konto

**Leserinitiative Publik e.V., Verwendungszweck: »Wirtschaften für das Leben«, Konto 401237-605, Postbank FFM, BLZ 500 100 60**

Spendenquittung ab 50,- DM wird zugeschickt, sofern Sie auf der Überweisung im Feld »Verwendungszweck« auch Ihren Namen und Ihre Anschrift angegeben haben.

## Das neue Modell Deutschland Wirtschaften für das Leben

Bitte senden Sie mir kostenlos das achtseitige Manifest zum Verteilen und Diskutieren

20 Exemplare  40 Exemplare  
 100 Exemplare  \_\_\_\_\_ Exemplare

NAME, VORNAME

STRASSE

PLZ, ORT

KD-NR

(1)

BITTE DIESEN COUPON AUSSCHNEIDEN UND EINSENDEN AN:  
**Leserinitiative Publik e.V., POSTFACH 2010,  
61410 OBERURSEL; FAX: 06171/700340**

# Was sich schon bewegt hat ...

## Kampf dem Sozialabbau

Gewerkschaften, kirchliche Gruppen und Wohlfahrtsorganisationen finden zusammen

Die tiefe soziale Krise hat wenigstens eines bewirkt: Gewerkschaften, katholische und evangelische Arbeitnehmerbewegungen und die verschiedenen Wohlfahrtsorganisationen haben ihre Berührungspunkte überwunden und wenden sich gemeinsam gegen eine Politik auf Kosten der sozial Schwächsten.

Solche Bündnisse zeichneten sich während des Beratungsprozesses zu einem gemeinsamen Sozialwort der Kirchen ab. Landauf, landab kam es zu Diskussionen zwischen kirchlichen Gruppen, Betriebsräten, Gewerkschaften und auch Vertretern von Unternehmen, aus denen viele Vorschläge für das Sozialwort erwachsen. Die Tendenz der überwiegenden Zahl der Eingaben ist eindeutig: Sie wünschen eine Kirche, die eindeutig Partei ergreift für die sozial Schwächsten – auch wenn politische Konflikte drohen.

Zu einem Bündnis besonderer Art kam es auf einer gemeinsamen Tagung Anfang Mai, zu der der *Deutsche Gewerkschaftsbund* (DGB) und die Wohlfahrtsverbände eingeladen hatten. Auf dieser Tagung äußerten sich auch der Vorsitzende der *Deutschen Bischofskonferenz*, Karl Lehmann, und der Vorsitzende des Rates der *Evangelischen Kirche in Deutschland*, Landesbischof Klaus Engelhardt. Auf der Veranstaltung wurde eine *Sozialstaats-Charta* verabschiedet, in der es klar heißt: »Der Sozialstaat darf gerade dann nicht in Frage gestellt werden, wenn seine Leistungen im Sinne von Menschenwürde, Solidarität und Demokratie am dringendsten benötigt werden.« Daß die evangelische Bischöfin Maria Jepsen (Hamburg) auf der Großkundgebung des DGB gegen Sozialabbau am 15. Juni in Bonn sprach, untermauert die Tragfähigkeit des neuen Sozialstaats-Bündnisses.

In mehreren großen Problembereichen zeichnen sich gemeinsame Interessen von Gewerkschaften, kirchlichen Verbänden und Wohlfahrtsorganisationen ab:

- Gerade in der Krise muß sich die Wirtschafts- und Sozialpolitik an den sozial Schwächeren und nicht an den Wohlhabenden ausrichten.
- Vorrang haben originelle und schnell wirkende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit: Abbau von Überstunden, sinnvolle Beschäftigungsprogramme, Abbau ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitszeitverkürzungen.

- Die Zeitplanung der Menschen darf nicht den Interessen der Wirtschaft und der Technik unterworfen werden: Absage an die Rundum-die-Uhr-Gesellschaft in Fabriken und Geschäften.

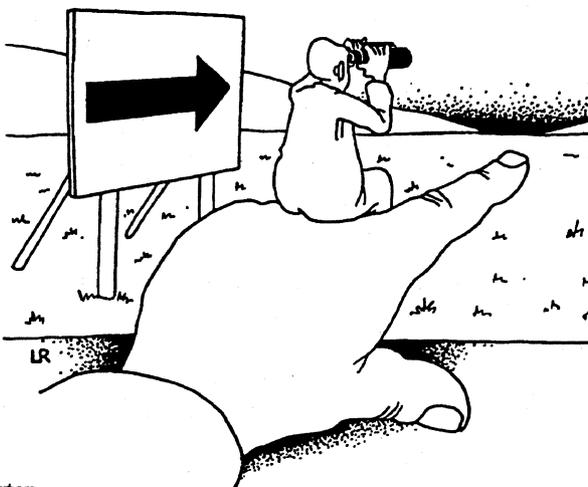
- Die Krise der Sozialversicherungen ist hausgemacht, weil ihnen zu viele versicherungsfremde Leistungen (zum Beispiel Lasten der deutschen Einheit) auferlegt wurden. Hier könnte eine Reform auch kurzfristig wirken.

Das neue Bündnis von Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und Wohlfahrtsorganisationen wird im Sommer und im Herbst in vielen Aktionen im gesamten Bundesgebiet auf sich aufmerksam machen.

## Ökosteuer und Sozialreform

Ein gemeinsames Konzept von IG Bau und Bündnis 90/Die Grünen

Eine ökologisch-soziale Steuerreform verlangen die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und die IG Bauen-Agrar-Umwelt. Beide



Organisationen gehen davon aus, daß wirtschaftliche Krisen die große Chance böten, ökologische Neuerungen voranzutreiben. Ein wichtiges Mittel dazu sei eine Energiesteuer. Aus dem Aufkommen der Ökosteuer sollen die Sozialversicherungsbeiträge und die Lohn- und Einkommensteuern gesenkt werden.

Diese gemeinsame Erklärung ist ein Durchbruch im Verhältnis zwischen den Grünen und den Gewerkschaften. Lediglich die *IG Metall* hatte Ökosteuern bisher nicht pauschal abgelehnt. Die Baugewerkschaft stimmt dem Ökosteuer-Konzept zu, weil sie davon ausgeht, daß eine ökologische Umsteuerung zusätzliche Arbeitsplätze in allen Wirtschaftsbereichen schafft. Davon würde auch die Bauwirtschaft profitieren.

## Umwelt und Entwicklung

Der BUND und Misereor suchen nach Wegen für eine zukunftsfähige Welt

Harte Forderungen erhebt die gemeinsam vom *Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland* (BUND) und von der katholischen Entwicklungshilfeorganisation *Misereor* finanzierte Studie »Zukunftsfähiges Deutschland«. Sie verlangt eine Abkehr von dem gegenwärtigen »deutschen Entwicklungsmodell«, weil dieses

künftigen Generationen zu große soziale und ökologische Lasten aufbürde und nicht auf die ganze Welt übertragbar sei. Besonders bedeutsam an dieser Studie ist, daß sich Ökologen und Entwicklungspolitiker zusammen einer gemeinsamen Herausforderung stellen: Der soziale und ökologische Umbau im Norden und die Entwicklung im Süden und Osten der Welt sind nur zwei Seiten der gleichen Medaille. Nur wenn der Norden ein Wirtschaftsmodell entwickelt und umsetzt, das die Welt auch erträgt, wenn es vom Süden und vom Osten übernommen wird, hat die Erde eine Zukunft.

## Öko-Wirtschaft im Aufbau

Für die neuen Unternehmer sind Umwelt und Wirtschaft keine Gegensätze

»Ich bin für eine Energiesteuer, die in kleinen Schritten, aber verlässlich ansteigt. Die Deutschen lernen nur über das Portemonnaie. Wenn die Energiekosten ansteigen, wird jeder sich bemühen, diese dadurch zu reduzieren, daß er vernünftig handelt.« Der dies sagt, ist kein grüner Parteipolitiker, sondern heißt *Carlhans Damm* und ist Vorstandschef der *AEG Hausgeräte*. Damm repräsentiert den Typ des neuen Unternehmers, der die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie im eigenen Bereich zügig vorantreibt.

Längst sind diese Unternehmer in verschiedenen Verbänden organisiert: Es gibt den *Bundesdeutschen Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management* (BAUM), die *Umweltinitiative von Unternehme(r)n future e.V.* und den *Verband UnternehmensGrün*. Diese Verbände verbinden das ökologische Handeln im eigenen Betrieb mit Forderungen an die Politik, zu denen auch eine ökologische Steuerreform gehört, die in der Wirtschaft fast durchweg ein Tabu ist.

Kontakte: • BAUM, Tinsdajer Kirchenweg 211, 22559 Hamburg; • Umweltinitiative future e.V., Kollegienwall 22a, 49074 Osnabrück; • UnternehmensGrün, Riekestr. 26, 70190 Stuttgart

## Gerechte Währungsunion

Ökumenische Basisgruppen starten eine Kampagne für eine Währungs- und Sozialunion

Dem Euro stehen sie kritisch, aber nicht ablehnend gegenüber. Gemeint sind als dem *Kairos Europa* zusammengeschlossenen ökumenischen Basisinitiativen, die gegenwärtig für eine sozial gerechte Währungsunion trommeln. Die deutsch-deutsche Vereinigung hat für sie gezeigt, daß eine Währungsunion nur dann erfolgreich wirken könne, wenn sie auf einer Sozialunion gründe. »Die EU glaubt aber an die Irrlehre, daß die Krise der nationalen Wohlfahrtsstaaten einfach durch eine neoliberale Währungsunion zu lösen sei«, begründet Mitinitiator *Martin Gück* die Kampagne. Sie soll erreichen, daß die Währungsunion erst verwirklicht wird, wenn eine rechtlich bindende europäische Sozialcharta besteht und eine gemeinsame europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik verwirklicht ist.

Kontakt: *Kairos Europa*, Hegenichstr. 22, 69124 Heidelberg